

Corinne Schärer
Grüne

Interpellation

Permanente Grosseinsätze der Polizei – so kann es nicht weitergehen

Die Polizei hat die Demonstration anlässlich des WEF (World Economic Forum) mit einem Grossaufgebot in der Stadt Bern verhindert. Die Innenstadt wurde abgeriegelt, 172 Personen wurden festgenommen und 153 Personen droht eine Anzeige wegen Landesfriedensbruch. Bereits im September 2011 gab es anlässlich einer Wahlveranstaltung der SVP ein polizeiliches Grossaufgebot in der Stadt Bern, die Innenstadt glich einer Festung und unschuldige Personen wurden verhaftet. Inzwischen zeigt sogar ein Gerichtsurteil, dass ein Jugendlicher zu unrecht mit einer Wegweisung belegt wurde. Kurze Zeit später, ebenfalls im 2011, kam es zu einem viel diskutierten und kritisch beurteilten Polizeieinsatz im Kulturzentrum Reitschule. Die drei in einer kurzen Zeitspanne erfolgten umstrittenen Einsätze der Polizei geben Anlass zur Befürchtung, dass die Polizei eine neue auf Konfrontation und Eskalation ausgerichtete Strategie verfolgt. Dies führt dazu, dass zahlreiche Personen kriminalisiert werden und der Zugang zur Innenstadt zeitweise für die Bevölkerung unzugänglich gemacht wird. Damit werden viele Personen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, was mit einem demokratischen Grundverständnis kaum verträglich ist.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Die Polizei teilte gegenüber den Medien mit, dass die Mehrzahl der anlässlich der Kundgebung vom 21. Januar 172 festgenommenen Personen sich einer Straftat schuldig gemacht hätten. Auf der anderen Seite wurden offenbar keine Sachbeschädigungen im Rahmen der Kundgebungen gemeldet. Welcher Straftaten haben sich die festgenommenen Personen schuldig gemacht? Oder werden hier pauschale Vorverurteilungen vorgenommen, wie sie anlässlich der Wegweisungen bei der Wahlveranstaltung der SVP Schweiz im September 2011 ebenfalls gemacht wurden mit allgemein vorformulierten Wegweisungen?
2. Nach welchen Kriterien wird entschieden, ein Grossaufgebot zu machen und die Stadt Bern wegen einer Kundgebung einer kleinen Gruppe von weniger als 500 Personen zu einer eigentlichen Festung zu machen? Erachtet der Regierungsrat diesen Einsatz als verhältnismässig und wird hier gemäss Regierungsrat sinnvoll mit Steuergeldern umgegangen?
3. Es fällt auf, dass sich die Strategie der Polizei seit der Kantonalisierung der Stadtpolizei und des Übergangs der Verantwortung für die Polizeieinsätze an den Kanton geändert hat. Hat der Regierungsrat bei Kundgebungen in der Stadt Bern grundsätzlich eine andere, neue Einsatz-Strategie festgelegt und sind die kürzlich erfolgten Grossaufgebote auf diese Änderung zurückzuführen?
4. Wie rechtfertigt der Regierungsrat die Änderung der in den neunziger Jahren mit vereinten Kräften entwickelten Deeskalationsstrategie bei Polizeieinsätzen?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat bei den Vorkommnissen im letzten halben Jahr die Rechtmässigkeit der Einschränkung des Rechts auf Meinungsäusserung und auf Versammlungsfreiheit, welches in der Verfassung verankert ist?
6. Werden die drei erwähnten Einsätze (Wahlveranstaltung SVP, Einsatz im Kulturzentrum Reitschule und Kundgebung gegen das WEF) untersucht? Sollen für die Zukunft Schlüsse gezogen werden? Wie sieht die Einsatzstrategie der Polizei in Zukunft aus? Kann die Berner Bevölkerung in Zukunft wieder mit einer Beruhigung der Situation rechnen?

Bern, 23. Januar 2012

Es wird Dringlichkeit verlangt: Der Polizeieinsatz vom 21. Januar ist bereits der dritte Polizeieinsatz innerhalb eines halben Jahres, der für öffentliches Aufsehen und eine öffentliche Diskussion sorgt. Es braucht so rasch als möglich eine politische Diskussion über die erfolgten Polizeieinsätze und Klarheit bezüglich des weiteren Vorgehens.